„Es wird immer spannender: Jo, na, na, jo, ix, ix, na ..., na, jo, ix ..."

Neuer US-Atominspektionsplan

Die Kontrollgebiete sollen auf 500 Quadratkilometer begrenzt werden

Genf. Der amerikanische Chefdelegierte bei der Abrüstungskonferenz, Charles Stelle, erklärte in Genf, jede Atomtestkontrolle sollte sich auf ein Maximum von 500 Quadratkilometern erstrecken und länger als fünf Wochen andauern dürfen.

Damit gab der amerikanische Delegierte der 17-Mächte-Abrüstungskonferenz zum erstenmal die detaillierten Pläne des Westens für die Inspektionskontrolle bekannt.

Die Gespräche sind in einer Sackgasse, seit die Sowjetregierung eine Weiterführung verweigert hat, solange nicht der Westen das russische Angebot eines jährlichen Maximums von drei Kontrollen annimmt. Stelle erklärte, er habe der Sowjetunion die Vorschläge im voraus zur Kenntnis gebracht, habe aber noch keine Antwort erhalten.

Die amerikanischen Vorschläge sind auf Grund der Annahme erfolgt, daß auf dem Territorium jeder Atommacht sieben Inspektionen pro Jahr stattfinden.

Die Inspektion in der Sowjetunion würden von einem Team, bestehend aus vierzehn amerikanischen und britischen Technikern durchgeführt werden, wobei noch zusätzliche Kontrollen aus neutralen Ländern hinzugezogen würden.

US-Feuer auf Sowjetdampfer?

Sowjetische Beschwerde über einen Seezwischenfall

Moskau. Die Sowjetregierung hat sich in einer Note an die amerikanische Regierung darüber beschwert, daß am 8. März ein sowjetischer Fischdampfer in der Nähe der amerikanischen Küste von drei amerikanischen Kriegsschiffen beschossen worden sei.

Der Zwischenfall soll sich nach sowjetischer Darstellung etwa 70 Seemeilen östlich von Norfolk an der Küste des amerikanischen Staates Virginia zugetragen haben.

In der Note heißt es, die amerikanischen Kriegsschiffe hätten zunächst aus größerer Entfernung mehrere Schüsse auf den sowjetischen Fischdampfer abgegeben und sich ihm dann bis auf etwa ein Kilometer genähert. Darauf sei der Fischdampfer noch einmal mit zwei Übungsgranaten beschossen worden.

OAS beschießt Expreßzug

Maschinengewehrgarben ins Fenster — Sieben Verletzte

Paris. Ein Dieselexpreßzug wurde auf der Fahrt von Clermont-Ferrand nach Paris in der Nähe von Villeneuve-sur-Allier unter Maschinengewehrfeuer genommen. Sieben Passagiere erlitten Verletzungen. Ein Fahrgast mußte mit Augenverletzungen ins Spital gebracht werden.

Die Polizei nimmt als sicher an, daß der Anschlag auf das Konto der rechtsgerichteten Geheimorganisation OAS gebucht werden muß. Ähnliche Aktionen der OAS waren seinerzeit in Algerien üblich.

In der Nähe wurde ein verdächtiger Mann mit einem Karabiner festgenommen. Wie sich aber später herausstellte, war der Mann ein Wilderer.

BIDAULT WILL ASYL

München. Der frühere französische Ministerpräsident Bidault, Präsident des OAS-Widerstandsrates gegen de Gaulle, wird nach Mitteilung des bayrischen Innenministeriums jetzt doch um politisches Asyl in Westdeutschland ansuchen.

Schärf: Zuerst das Vaterland, dann Forderungen!

Ganz Österreich stand gestern im Zeichen der Gedenkfeiern für den 13. März 1938

Der gestrige Tag stand im Zeichen des Gedenkens an die Okkupation Österreichs vor 25 Jahren. Entsprechend dem Abkommen zwischen dem ÖGB und der Bundeswirtschaftskammer ruhte von 11.55 Uhr bis 12 Uhr in ganz Österreich die Arbeit. In dieser Zeit hielt Bundespräsident Dr. Schärf über den Rundfunk eine Ansprache, in der er an die Ereignisse im Jahre 1938 erinnerte und die Österreicher zur Einigkeit und Zusammenarbeit aufrief.

Nach einer bitteren und blutigen Zeit innerer Wirren wurde vor 25 Jahren der Name Österreich auf den Landkarten ausgetilgt, sagte der Bundespräsident unter anderem. Viele Österreicher haben einen qualvollen Tod erlitten, aber keines dieser Opfer ist vergeblich gebracht worden. Österreich hat sich in der Zeit der Qual und des Verderbens auf sich selbst besonnen. Ein neues, seiner selbst sicheres Österreich ist sieben Jahre nach dem düsteren März 1938 aus Schutt und Trümmern emporgestiegen.

Die Lage Österreichs in Europa konnten wir freilich nicht ändern, sagte der Bundespräsident. Zwischen West und Ost, Süd und Nord hat sich unser Staat dauernd neutral erklärt. Diese Neutralität darf uns nicht teilnahmslos machen, sie erfordert vielmehr unsere Wachsamkeit und unsere politische Aufgeschlossenheit im höchsten Maß.

An diesem 13. März, sagte der Bundespräsident, rufe ich Ihnen, liebe Landsleute, zu: Seien Sie einig, stellen Sie das gemeinsame Vaterland über die Forderungen einzelner Gruppen, so berechtigt sie sein mögen! Arbeiten wir gemeinsam für unser Land und für jene, die nach uns kommen werden, für unsere Kinder und Enkel!

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN NICHT HOCHSPIELEN

Im festlich geschmückten großen Sitzungssaal des Parlaments fand eine gemeinsame Gedenksitzung des Nationalrates und des Bundesrates statt, in der Nationalratspräsident Dr. Maleta die Festansprache hielt.

Wir wissen heute, sagte er, daß die Stunde des scheinbaren Untergangs auch schon die Geburtsstunde des neuen Österreichs war. Am 13. März 1938 ist vieles untergegangen, was uns teuer war, aber gleichzeitig ist endgültig auch all das untergegangen, was in der Ersten Republik die innere Zerrissenheit verursacht hatte. Durch keine tagespolitische Auseinandersetzung, wie sie Wahlkämpfe und langwierige Regierungsverhandlungen mit sich bringen mögen, darf sich das Ausland über die Grundhaltung des österreichischen Volkes hinwegtäuschen lassen.

Aber man darf auch nie vergessen, daß Errungenes verlorengehen kann und daher ständig gesichert werden muß, sagte Präsident Dr. Maleta. Unsere Gedenkstunde muß daher gleichzeitig eine Stunde der Selbstbesinnung sein, wenn wir Keimzellen aktueller Gefahren rechtzeitig erkennen und zerstören wollen.

Parteipolitische Auseinandersetzungen sind an sich notwendig und berechtigt, denn sie ergeben sich aus den verschiedenartigen Zielsetzungen und Auffassungen der Staatsbürger. Aber all diese in Wahlzeiten berechtigten Auseinandersetzungen dürfen uns nicht verleiten, unsere innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten — die doch, gemessen an den viel stürmischeren Auseinandersetzungen in manch anderen Staaten, seit 1945 immer zu unser aller Glück in ruhigen Formen ausgetragen wurden — etwa jetzt unnötig hochzuspielen, sagte der Präsident des Nationalrates.

UHLIR: ES BEGANN 1933

In einer Gedenksitzung des sozialistischen Abgeordnetenklubs hielt Klubobmann Uhlir eine Gedenkrede, in der er an die Ursprünge der Märzereignisse 1938 erinnerte. Nach dem grünen Faschismus mußte der braune kommen. Unser Ziel muß es sein, so zu handeln, daß niemals wieder die Freiheit vernichtet und die Menschenwürde mit Füßen getreten werden kann. Wir müssen alles Trennende beseitigen und dem ehrlichen Gegner zugestehen, daß auch er für seine Auffassungen eintritt. Wir aber wollen die Herzen der Menschen mit den Idealen des Sozialismus erfüllen, um eine neue Welt aufzubauen, eine Welt der Freiheit und der Menschenwürde, in der die Demokratie die Basis zur Zusammenarbeit ist, schloß der sozialistische Klubobmann.

Die Gedenkkundgebung des sozialistischen Parlamentsklubs wurde mit einer Trauerminute für die Opfer der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime beendet.

KREISKY: FÜR EIN ANDERMAL KLUG WERDEN

Am Abend veranstalteten die Sozialistischen Freiheitskämpfer einen Schweigemarsch mit Fackeln vom Morzinplatz, wo sich einst das Gestapo-Hauptquartier befand, zum Denkmal der Republik. In einer Kundgebung vor dem Denkmal sprach Außenminister Dr. Kreisky. Er wies darauf hin, daß die Ereignisse des März 1938 ohne die Ereignisse im März 1933 nicht möglich gewesen wären. Mit dem Parlament hat es begonnen, mit der Zensur der Zeitungen und dem Verbot der Parteien ist es weitergegangen, bis es auch keine persönliche Freiheit mehr gab. Die Märztage des Jahres 1933 gehören zur österreichischen Geschichte, genauso wie die Märztage des Jahres 1938. Und wenn man der einen gedenkt, soll man die anderen nicht vergessen. Wir sollten auch nicht immer wieder die Schuld bei fremden Mächten suchen. Wichtig ist, schloß Minister Doktor Kreisky, daß wir vor allem feststellen, was wir schlecht gemacht haben, damit wir, wie ein großer Historiker gesagt hat, „klug für ein andermal" werden.

SPÖ: Milchschwemme eindämmen

Parlament bewilligt Geld für Milchwirtschaftsfonds — Diskussion über Produktionsplan

Der Nationalrat verabschiedete Mittwoch in seiner Arbeitssitzung einen Gesetzentwurf für die zusätzliche Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds. Der sozialistische Debattenredner Abgeordneter Weihs erklärte, daß die Sozialisten dem Gesetz in der Erwartung zustimmen, daß ein milchwirtschaftliches Gesamtkonzept ausgearbeitet wird, welches die dauernde Belastung der Konsumenten durch jede Sanierungsmaßnahme in der Landwirtschaft verhindert.

Mit der Bedeckung des zusätzlichen Abganges des Milchwirtschaftsfonds in den Jahren 1961 und 1962 in der Höhe von 114 Millionen Schilling muß auch mit den bisherigen Subventionsmethoden Schluß gemacht werden, sagte Abgeordneter Weihs. In diesen beiden Jahren wurden dem Milchwirtschaftsfonds zur Erfüllung seiner Aufgaben vom Staat Zuschüsse in der Höhe von insgesamt 614 Millionen Schilling gegeben, weil bei einem fixen Erzeugerpreis und einem fixen Verbraucherpreis alle Kostensteigerungen vom Staat gezahlt werden mußten. Ich habe für den Herrn Finanzminister vollstes Verständnis, wenn er im Finanz- und Budgetausschuß gesagt hat, er vertrete diesen Entwurf mit großen Hemmungen und keiner Freude. Wir selbst haben auch keine Freude daran. Wir müssen aber einen gemeinsamen Weg finden, daß das Defizit nicht jedes Jahr noch größer wird.

Scheuch (FP) bezeichnete das Gesetz, das den Finanzminister ermächtigt, den Abgang im Milchwirtschaftsfonds zu decken, als einen Ladenhüter der alten Koalitionsperiode. Er setzte sich dafür ein, daß die Kinderbeihilfen und die Renten erhöht werden, wenn die Milchpreiserhöhung in Kraft tritt.

DIE ÜBERPRODUKTION — „KEIN MALHEUR"

Gruber (VP): Die sogenannte Überproduktion der Landwirtschaft sichert die Ernährung des österreichischen Volkes. Würde Österreich in eine Importkrise geraten, würde sich der Segen dieser Überproduktion bald erweisen. Auch die Butterexporte der Landwirtschaft sind kein Malheur. Die verstaatlichte Industrie exportiert auch; sie erzielt für manche dieser Exporte einen verhältnismäßig niedrigen Erlös. Die Landwirtschaft hat allerdings keine Möglichkeit, den Fehlerlös auf die Preise im Inland zu überwälzen. Österreich bräuchte um anderthalb Millionen Menschen mehr, wenn die Landwirtschaft ihre Produkte ausschließlich im Inland absetzen sollte. Da die österreichische Bevölkerung nicht so groß ist, muß exportiert werden. In den nächsten Jahren werden 25 bis 30 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte ins Ausland gehen. Der Empfehlung, weniger zu produzieren, kann die Landwirtschaft nicht nachkommen.

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien angenommen.

DER OLYMPIABEITRAG DES BUNDES

Jungwirt (SP) sprach zu einem Gesetz, das bestimmt, daß der Bund ein Drittel des Abganges der Olympischen Winterspiele 1964 in Innsbruck trägt. Der Redner dankte dem früheren Verkehrsminister Diplomingenieur Waldbrunner, weil er die verkehrstechnischen Voraussetzungen für die Abhaltung der Olympischen Winterspiele in Tirol geschaffen hat.

Marberger (VP) und **Mahnert (FP)** unterstrichen die völkerverbindende Bedeutung dieser Wettkämpfe.

Das Gesetz wurde vom Nationalrat einstimmig verabschiedet. Schließlich beschloß der Nationalrat noch eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz, die infolge eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes notwendig geworden war.

Was geschieht mit Dr. Burger?

Vorläufig kein Disziplinarverfahren, sagt Dr. Drimmel

In der Fragestunde des Nationalrates am Mittwoch fragte der sozialistische Abgeordnete Konir Unterrichtsminister Dr. Drimmel, ob gegen Dr. Norbert Burger ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Unterrichtsminister Doktor Drimmel antwortete, daß Dr. Burger, gegen den bekanntlich eine Strafuntersuchung wegen des Verdachtes der Verletzung des Sprengstoffgesetzes läuft, vom Dienst an der Innsbrucker Universität suspendiert wurde.

Weitere Maßnnahmen disziplinarer Art können vorderhand nicht durchgeführt werden.

AUTOBAHNSCHULDEN DES FINANZMINISTERIUMS?

Abgeordneter van **Tongl (FP)** fragte Handelsminister Dr. Bock, ob es zutrifft, daß die Bundesstraßenverwaltung den in der Arbeitsgemeinschaft Eichgraben zusammengeschlossenen Baufirmen einen Betrag von 50 Millionen Schilling schuldet, so daß diese Firmen gezwungen sind, die Republik Österreich auf Zahlung dieser Summe zu klagen. Handelsminister Dr. Bock antwortete, daß die Bundesstraßenverwaltung von dem geforderten Betrag nur etwas mehr als 9 Millionen als berechtigt ansieht.

OFFENE PROBLEME DER BUNDESBEDIENSTETEN

Abgeordnete Herta **Winkler (SP)** fragte den Bundeskanzler, wann Maßnahmen getroffen werden, die dazu führen, daß auch die außerehelichen Kinder von Bundesbediensteten nach dem Tod ihrer Väter Pensionsanspruch haben. Bundeskanzler Dr. Gorbach antwortete, daß diese Ungerechtigkeit, falls nicht das Pensionsgesetz für den öffentlichen Dienst abgewartet werden soll, nur durch ein besonderes Gesetz behoben werden kann. Für die Ausarbeitung eines solchen Gesetzes wäre aber das Finanzministerium zuständig.

Berliner Fluchttunnel

Berlin. Ostdeutsche Grenzposten haben an der Grenze nach West-Berlin einen fünfzig Meter langen Fluchttunnel entdeckt. Bevor er entdeckt wurde, gelang es Sonntag einer Gruppe von dreizehn Personen, und zwar sieben Frauen, drei Männern und drei Kindern, durch den Tunnel nach West-Berlin zu entkommen.

Standpunkte

ANSCHLUSSGESPENST

Heute steuern einige einflußreiche Politiker und Gruppen in Österreich unter sichtlicher Mißachtung der Lehre der Vergangenheit direkt auf einen neuen kalten Anschluß Österreichs zu. Das heutige Unternehmen „Otto" ist seiner Form nach etwas anders: Es wird nicht im Generalstab, sondern in Industriekreisen ausgearbeitet und trägt die Bezeichnung: Plan der Assoziation Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. (Der Wiener Korrespondent im Sowjetregierungsorgan „Iswestija".)

VERANTWORTUNGSBEWUSSTE ELTERNSCHAFT

Verantwortungsvolle Elternschaft bedeutet gewiß nicht in naivem Vertrauen auf Gott nach der biologisch größtmöglichen Kinderzahl zu streben. Die Eltern müßten vor allem die rechte Einstellung zu ihrer Teilnahme an dem Schöpfungsakt Gottes besitzen. In ernster, gewissenhafter Überlegung müssen sowohl die körperliche und seelische Leistungsgrenze der Frau als auch die wirtschaftliche Situation beachtet werden. Besonders ist das Wohl der Familie, das vom Wohnraum und anderen Faktoren abhängt, zu beachten. (Jesuitenpater Alois Jäger in einem Vortrag in Linz.)

Aktuelles in Kürze

„ZUKUNFT": UM DIE STRAFGESETZREFORM

Mit der Veröffentlichung eines grundsätzlichen Artikels, „Um die Strafgesetzreform", des Innsbrucker Universitätsprofessors Dr. Friedrich Nowakowski greift das neueste Heft der „Zukunft" wieder eine der großen geistigen und gesellschaftlichen Fragen auf, deren Lösung zu den Aufgaben unserer Zeit gehört. Mit einem Aufsatz über „Die Intellektuellen und der Sozialismus" setzt Justizminister Dr. Christian Broda die Diskussion über grundsätzliche Probleme fort sowie Landesrat Josef Kaut die Diskussion über das Wahlergebnis. Dr. Alfred Migsch zeigt die fundamentale Reformbedürftigkeit unserer staatlichen Finanzpolitik und Finanzverwaltung auf. Im außenpolitischen Teil untersucht Lucjan Blit (London) die Frage, ob die Engländer europäisch genug sind, um nicht aus Europa ausgeschlossen zu werden, und Dr. Grete Helfgott berichtet über „Israels Probleme von heute". Eine Diskussion über das Beschwerderecht der Staatsbürger unter Teilnahme prominenter Politiker und Juristen ist für eines der nächsten Hefte angekündigt.